

Besser für die Menschen – Deutschlands Chancen nutzen

Kieler Erklärung des Bundesvorstandes der CDU Deutschlands

8. Januar 2005

... über gemeinsam mit der Internationalen
... im Katastrophengebiet, aber auch in
... den vielen anderen Krisenregionen der
... Welt, die nicht in Vergessenheit geraten
... helfen, helfen uns Demut und führen uns
... unsere Verletzlichkeit und Schwäche angeht,
... nichts der Kraft der Natur vor Augen.
... Die CDU Deutschlands darf helfen, wie sich
... für die Linderung der Not in den Katastrophengebiet
... erschaffen. Die vielen Helfer

... in diesem Bereich
... bedeutet nicht
... der Mensch
... nicht die Freiheit
... schenken aus der
... betreiben- und Straßenhilfe ergeben. Wer
... vergessen ebenso wenig die Sorgen der
... jungen Menschen, die keinen Ausbildungsp
... platz finden und um ihre Zukunft fürchten,
... wie die Sorgen der Älteren angesichts m
... licher Rentenerhöhungen und des Problems im
... Gesundheitssystem.
... Die Politik hat die Aufgabe, die Anliegen der
... Menschen in unserem Land ernst zu neh
... men und wieder die Rahmenbedingungen
... zu schaffen, in denen sie ihre Stärken und
... Talente zur Entfaltung bringen können. Wir

Die Bundesagentur für Arbeit immer mehr Klienten im Blick

Die Bundesagentur für Arbeit hat im vergangenen Jahr einen historischen Höchststand von 4,5 Millionen Arbeitsuchenden erreicht. Die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber für eine Stelle ist im Vergleich zum Vorjahr um 1,2 Millionen gestiegen. Die Bundesagentur für Arbeit hat im vergangenen Jahr einen historischen Höchststand von 4,5 Millionen Arbeitsuchenden erreicht. Die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber für eine Stelle ist im Vergleich zum Vorjahr um 1,2 Millionen gestiegen.

Die Bundesagentur für Arbeit hat im vergangenen Jahr einen historischen Höchststand von 4,5 Millionen Arbeitsuchenden erreicht. Die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber für eine Stelle ist im Vergleich zum Vorjahr um 1,2 Millionen gestiegen.

Die Bundesagentur für Arbeit immer mehr Klienten im Blick

Die Bundesagentur für Arbeit hat im vergangenen Jahr einen historischen Höchststand von 4,5 Millionen Arbeitsuchenden erreicht. Die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber für eine Stelle ist im Vergleich zum Vorjahr um 1,2 Millionen gestiegen.

Die Bundesagentur für Arbeit hat im vergangenen Jahr einen historischen Höchststand von 4,5 Millionen Arbeitsuchenden erreicht. Die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber für eine Stelle ist im Vergleich zum Vorjahr um 1,2 Millionen gestiegen.

Die Bundesagentur für Arbeit hat im vergangenen Jahr einen historischen Höchststand von 4,5 Millionen Arbeitsuchenden erreicht. Die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber für eine Stelle ist im Vergleich zum Vorjahr um 1,2 Millionen gestiegen.

Die Bundesagentur für Arbeit hat im vergangenen Jahr einen historischen Höchststand von 4,5 Millionen Arbeitsuchenden erreicht. Die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber für eine Stelle ist im Vergleich zum Vorjahr um 1,2 Millionen gestiegen.

Die Bundesagentur für Arbeit hat im vergangenen Jahr einen historischen Höchststand von 4,5 Millionen Arbeitsuchenden erreicht. Die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber für eine Stelle ist im Vergleich zum Vorjahr um 1,2 Millionen gestiegen.

Die Bundesagentur für Arbeit hat im vergangenen Jahr einen historischen Höchststand von 4,5 Millionen Arbeitsuchenden erreicht. Die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber für eine Stelle ist im Vergleich zum Vorjahr um 1,2 Millionen gestiegen.

Kieler Erklärung des Bundesvorstands der CDU Deutschlands

Besser für die Menschen – Deutschlands Chancen nutzen!

Die Folgen der Flutkatastrophe in Asien und das Leid der Betroffenen haben uns tief erschüttert. Millionen von Menschen, darunter auch deutsche Landsleute, wurden von dieser furchtbaren Naturkatastrophe heimgesucht, haben ihr Leben verloren, wurden verletzt, haben Verwandte und Freunde oder ihr Hab und Gut verloren. Wir trauern mit den Opfern und sorgen uns um die Zukunft all derer, die so schmerzliche Verluste erlitten haben. Es sind unersetzbare Verluste, aber gemeinsam mit der internationalen Staatengemeinschaft wollen wir alles dafür tun, damit Menschen wieder aus eigener Kraft leben können.

Diese Katastrophe lässt die Menschen zusammenschließen. Sie spüren, dass wir alle auf die Solidarität und das Mitgefühl der Mitmenschen in anderen Ländern angewiesen sein können. Die Nöte der Betroffenen im Katastrophengebiet, aber auch in den vielen anderen Krisenregionen der Welt, die nicht in Vergessenheit geraten dürfen, lehren uns Demut und führen uns unsere Verletzlichkeit und Schwäche angesichts der Kraft der Natur vor Augen.

Die CDU Deutschlands dankt allen, die sich für die Linderung der Not in den Katastrophengebieten einsetzen. Die vielen Helfer

vor Ort leisten dabei Überwältigendes. Auch die Spendenbereitschaft der Menschen ist großartig. Sie zeigt zugleich, worauf es wirklich ankommt: auf Mitmenschlichkeit und Nächstenliebe. Das dürfen wir in der all der Betriebsamkeit unseres Alltags nie vergessen. Die Bereitschaft vieler Menschen, in der Not ihre persönliche Kompetenz und Leistungsbereitschaft zur Verfügung zu stellen, muss in unserer Gesellschaft stärker beachtet werden.

In diesem Bewusstsein Politik zu machen, bedeutet nicht, jetzt die Sorgen und Wünsche der Menschen in Deutschland zu vergessen oder klein zu reden. Wir vergessen nicht die Probleme, die sich für viele Menschen aus der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe ergeben. Wir vergessen ebenso wenig die Sorgen der jungen Menschen, die keinen Ausbildungsplatz finden und um ihre Zukunft fürchten, wie die Sorgen der Älteren angesichts realer Rentenkürzungen und der Probleme im Gesundheitssystem.

Die Politik hat die Aufgabe, die Anliegen der Menschen in unserem Land ernst zu nehmen und wieder die Rahmenbedingungen zu schaffen, in denen sie ihre Stärken und Talente zur Entfaltung bringen können. Wir

müssen die Chancen, die sich uns bieten, besser nutzen. Ein starkes und leistungsfähiges Deutschland ist im Übrigen Voraussetzung für eine auch zukünftig hilfreiche und positive Rolle unseres Landes in der Weltgemeinschaft.

Landtagswahlen 2005: Chancen für Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen

Auch die Bundesländer Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen, in denen Landtagswahlen kurz bevorstehen, müssen und können ihre Chancen besser nutzen. Voraussetzung dafür ist ein Politikwechsel bei den Wahlen. Dass Politik wirksame Erfolge bei der Bewältigung der vor uns liegenden Herausforderungen erzielen kann, zeigt die Entwicklung in Hamburg und Niedersachsen. Beide Länder sind seit der Übernahme der Regierungsverantwortung durch die CDU auf einem hervorragenden Weg und zeigen, dass man auch in überschaubarer Zeit große Erfolge erzielen kann:

Niedersachsen hat inzwischen das dritthöchste Wachstum aller 16 Bundesländer, die zweitgrößte Dynamik und ist bei den Existenzgründungen von Platz 13 auf Platz 1 geklettert. Hamburg hat es sogar geschafft, binnen Jahresfrist die Arbeitslosigkeit um über 4 % zu reduzieren, obwohl die bundesweite Arbeitslosigkeit steigt.

Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen brauchen ebenfalls einen politischen Wechsel, damit auch dort der Staat wieder handlungsfähig wird und die Bürgerinnen und Bürger wieder ihr Potenzial entfalten können.

Die Pro-Kopf-Verschuldung in Schleswig-Holstein ist heute dramatisch. Auf jeden Schleswig-Holsteiner kommen schon 6.811 Euro Landesschulden. Nordrhein-Westfalen steht ähnlich schlecht da: Jeden Tag zahlt das Land 13 Millionen Euro an Zinsen. Dieses Geld fehlt der Landesregierung für Investitionen in die Zukunft und belastet die nachfolgenden Generationen.

Besorgnis erregend ist auch die Lage auf dem Arbeitsmarkt: Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen sind die westdeutschen Flächenländer mit der höchsten Arbeitslosenquote.

Angesichts der allgemein anerkannten herausragenden Bedeutung von Bildung für die Zukunft unseres Landes wiegen die bildungspolitischen Versäumnisse der beiden amtierenden Landesregierungen besonders schwer. In schleswig-holsteinischen Schulen fehlen über 1.000 Lehrer, um den vorgesehenen Unterricht zu erteilen. Schleswig-Holsteins Grundschüler bekommen rechnerisch ein halbes Jahr weniger Unterricht als der Durchschnitt aller Länder. Die NRW-Landesregierung hat das Fehlen von 4.000 Lehrern zu verantworten. Den Schülern zwischen Rhein und Weser geht allein durch ausfallende Stunden ein komplettes Schuljahr verloren. Rot-Grüne Bildungspolitik führt so dazu, dass jungen Menschen gute Startchancen in ihr Leben verwehrt werden.

Die schleswig-holsteinische Landtagswahl am 20. Februar ist auch eine Entscheidung über die Zukunft der Bildung in Deutschland und damit die Zukunftschancen für unsere Kinder. Als erste Landesregierung in Deutschland wollen SPD und Grüne in Schleswig-Holstein Hauptschulen, Real-

schulen und Gymnasien abschaffen und durch eine Einheitsschule ersetzen. Weder die Ergebnisse der PISA-Studien, noch der Vergleich mit den skandinavischen Schulmodellen lassen den Schluss zu, dass es damit besser wird. Eine aus rein ideologischen Gründen geführte Schulstrukturdebatte soll lediglich vom Scheitern der rot-grünen Bildungspolitik in Deutschland ablenken. Dieser Irrweg muss gestoppt werden. Denn für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes ist eine optimale Ausbildung unserer Kinder von existentieller Bedeutung. Ginge es aber nach den Plänen von SPD und Grünen, würden schon in den nächsten Monaten erste Maßnahmen wie die Einführung des sog. „Einheitslehrers“ umgesetzt.

Die CDU lehnt die Vorschläge zur Einführung einer Einheitsschule ab. Das schlechte Abschneiden der deutschen Gesamtschulen bei den fachlichen Leistungen der Schüler, aber auch bei der sozialen Kompetenz machen sie zu einem ungeeigneten Gegenmodell zum gegliederten Schulsystem. Die CDU steht für eine Bildungspolitik, die die Kinder in ihrer Unterschiedlichkeit akzeptiert und fördert, Lust auf Leistung macht und Qualitätsunterricht ganz nach vorne rückt, um so die Zukunftsaussichten der Kinder zu verbessern.

Schleswig-Holstein hat alle Voraussetzungen, in die Spitzengruppe der Bundesländer aufzusteigen: Es gibt traditionell gute Handelsbeziehungen in den Nord- und Ostseeraum, die es auszubauen gilt. Durch die Erweiterung der Europäischen Union ist die Ostsee zu einem EU-Binnenmeer geworden, dessen Bedeutung mit dem Mittelmeer zu vergleichen ist. Schleswig-Holstein hat eine wichtige Brückenfunktion Richtung Nord- und Osteuropa und liegt im Mittel-

punkt Europas. Es muss diese einzigartige Lage zum Wohle seiner Bürger aber auch nutzen. Gemeinsam mit den erfolgreich regierten Bundesländern Hamburg und Niedersachsen kann Schleswig-Holstein den Norden zu einer zentralen wirtschaftlichen Drehscheibe Europas entwickeln.

Grundvoraussetzung dafür ist, dass das Land eine vernünftige Verkehrsinfrastruktur hat – insbesondere hervorragende Schienenwege und Straßen. Die CDU setzt sich deshalb dafür ein, dieses Potential durch Investitionen in die Infrastruktur im Rahmen eines zu schaffenden Ostseefonds des Bundes zu nutzen. Eine durchdachte Vernetzung mit den Nachbarn ist ein wichtiges Signal für potenzielle Investoren. Dringend notwendige Verkehrsprojekte dürfen nicht mehr aus ideologischen Gründen scheitern. Mangelnder rot-grüner Einsatz für zentrale Verkehrsprojekte wie z.B. die Elbquerung A 20 schadet dem Land und sorgt für Stillstand. Auch Schleswig-Holstein muss das Gesetz zur Beschleunigung der Verkehrswegeplanung zu Gute kommen. Es hat sich in den neuen Ländern bewährt. Wir treten dafür ein, in ganz Deutschland Planungs- und Genehmigungsverfahren durch ein Beschleunigungsgesetz zügiger abwickeln zu können.

Im Ostseeraum muss der Umweltschutz verbessert werden. Die Ostsee ist eine wichtige Lebensader für die Anrainerstaaten und ist als weitgehendes Binnenmeer besonders gefährdet. Wir müssen deshalb etwa dafür sorgen, dass nur noch doppelwandige Öltanker das Meer befahren dürfen, um Ölkatastrophen zu verhindern.

Wir dürfen auch vor den Gefahren der organisierten Kriminalität im Ostseeraum – vor

allem aus Russland -nicht die Augen verschließen. Die Zusammenarbeit der Polizeikräfte der Anrainerstaaten muss deshalb weiter verbessert werden.

Auch international muss Schleswig-Holstein wieder Anschluss gewinnen, durch eine verbesserte Arbeitsmarktzusammenarbeit mit Dänemark, eine Vernetzung der über 100 Hochschulen und Forschungseinrichtungen der Ostseeanrainerstaaten und eine wirksamere Interessenvertretung aller Nord- und Ostseeregionen in Brüssel.

Schleswig-Holstein braucht einen klaren Kurs für mehr Wachstum und Beschäftigung, bessere Infrastruktur und bessere Bildungschancen für die Kinder sowie den Abbau der Staatsschulden. Der Bundesvorstand der CDU ruft deshalb alle Wählerinnen und Wähler auf, bei der Landtagswahl ein klares Votum für die CDU mit ihrem Spitzenkandidaten Peter Harry Carstensen abzugeben. Wer will, dass es in Schleswig-Holstein wieder aufwärts geht, der muss am 20. Februar CDU wählen! Und auch Nordrhein-Westfalen hat keine Zeit mehr zu verlieren. Auch hier ist der Politikwechsel überfällig – am 22. Mai mit der CDU im Westen und ihrem Spitzenkandidaten Jürgen Rüttgers.

Deutschlands Chancen nutzen

Die beste Landespolitik kann indes eine verfehlte Bundespolitik nicht ausgleichen. Auch die Bundesrepublik Deutschland als Ganzes braucht einen Politikwechsel, damit die Menschen ihre Chancen nutzen können. Ohne einen solchen Politikwechsel bleiben die drängenden Probleme un-

gelöst: die fortdauernde Massenarbeitslosigkeit mit all ihren negativen Folgen für die sozialen Sicherungssysteme und die desolante Finanzsituation des Staates. Unser Land braucht eine grundlegend andere Politik, damit sich die Situation grundlegend bessert.

Auch 2004 hat es die Bundesregierung nicht geschafft, etwas aus den Stärken Deutschlands zu machen. Das Land hat auch nicht vom Boom der Weltwirtschaft profitieren können.

Das vom Bundeskanzler propagierte „Jahr der Innovation“ ist zu Ende gegangen, ohne dass die Innovationskraft Deutschlands gestärkt wurde. Vielmehr erreicht die Investitionsquote des Bundes einen neuen Tiefststand, die Verschuldung des Bundes aber zugleich einen neuen Höchststand.

Dass es besser geht, haben andere Länder in Europa bewiesen: In Italien konnten in den letzten drei Jahren über eine Million neue Arbeitsplätze geschaffen werden, Finnland landet beim PISA-Test auf Platz 1, Irland hat ein Wirtschaftswachstum von 5,2 Prozent, Frankreich bietet jedem Kind einen Kindergartenplatz an, Dänemark hat die Arbeitslosigkeit fast halbiert, in den Niederlanden liegt sie bei unter 5 Prozent, Schweden hat die höchsten Forschungsinvestitionen Europas. Alle diese Beispiele sollten ein Ansporn für die Bundesregierung zu sein, sich mehr anzustrengen.

Die CDU ist der festen Überzeugung, dass eine Reformpolitik, die bewahrt, was das Land voranbringt, und verändert, was es belastet, Deutschland wieder in die Spitze der weltweit erfolgreichsten Nationen führen kann.

Die Union ist der Reformmotor für Deutschland

Wir wissen: Deutschland steht nicht am Ende, sondern am Anfang eines Reformweges. Auf diesem Weg werden wir den Bürgerinnen und Bürgern die Gewissheit vermitteln, dass sich die Anstrengung lohnt und am Ende die Situation für sie und ihre Kinder verbessert. Reformen sind für uns nicht das Ziel, sondern der Weg, die Zukunft des Landes und der Menschen zu verbessern.

Die Union ist heute eine klare und Erfolg versprechende Alternative zu Rot-Grün. Anders als die SPD vor 1998 hat sie ihre Zeit als Opposition konsequent genutzt, um klare Konzepte für eine erfolgreiche Gestaltung der Zukunft unseres Landes zu erarbeiten. Mit den nach intensiven Diskussionen jetzt vorliegenden Konzepten kann die Union nach Übernahme der Regierungsverantwortung umgehend und ohne Zeitverzug die Gesetzesarbeit beginnen. Denn unser Land hat keine Zeit mehr zu verlieren.

Die CDU wird den Arbeitsmarkt umfassend reformieren – von der Arbeitslosenversicherung und der Neuausrichtung der aktiven Arbeitsmarktpolitik bis hin zu einem modernen Tarifrecht und einem Beschäftigungsfördernden Kündigungsschutz.

- **Unser Ziel:** Mehr Arbeitsplätze in Deutschland.

Die CDU wird eine große Steuerreform durchsetzen.

- **Unser Ziel:** Ein einfaches, transparentes und gerechtes Steuersystem mit niedrigeren Steuersätzen.

Die CDU wird zur Reform der Gesetzlichen Krankenversicherung das Modell der solidarischen Gesundheitsprämie umsetzen.

- **Unser Ziel:** Spitzenmedizin für alle, mehr Beitragsgerechtigkeit und positive Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt durch die Entkoppelung der Gesundheitskosten von den Lohnkosten.

Die CDU wird Bereiche wie die Mikroelektronik oder die Bio- und Nanotechnologie systematisch stärken und weiterentwickeln.

- **Unser Ziel:** Deutschland in Forschung und Technik wieder an die Weltspitze führen.

Die CDU Deutschlands setzt sich für das Konzept der Privilegierten Partnerschaft zwischen der Europäischen Union und der Türkei ein. Eine EU-Vollmitgliedschaft der Türkei würde die EU institutionell und finanziell überfordern und den weiteren Weg zu einer echten Politischen Union Europas verbauen.

- **Unser Ziel:** Ein vereintes und starkes Europa in enger Freundschaft mit der Türkei.

Die CDU wird so schnell wie möglich dafür sorgen, dass die Kriterien des EU-Stabilitätspaktes wieder eingehalten werden.

- **Unser Ziel:** Eine solide und verlässliche Finanzpolitik in Europa.

Die CDU will eine verfassungsmäßige Ordnung in der Europäischen Union, die unsere Werte verteidigt und demokratische Entscheidungen ermöglicht. Dieses wird durch den europäischen Verfassungsvertrag gewährleistet. Die CDU tritt engagiert für seine Ratifizierung in Deutschland und allen EU-Ländern ein.

- **Unser Ziel:** Ein handlungsfähiges Europa der Werte, der Demokratie und des Friedens.

CDU 2005: Weitere Schritte zum Politikwechsel

Die CDU wird auch im Jahr 2005 ihre programmatische Arbeit konsequent fortsetzen und dabei einen Schwerpunkt auf die Familienpolitik und insbesondere die Frage nach der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf legen. Auf dem Bundesausschuss am 24. Januar 2005 wird hierzu eine Kommission zur Familienpolitik eingesetzt, die ihre Arbeit mit dem Bundesparteitag abschließen wird.

Ein weiterer Schwerpunkt der politischen Arbeit in 2005 wird die Außen- und Sicherheitspolitik sein. 2005 wird ein Jahr wichtiger Gedenktage. Das Ende des Zweiten Weltkrieges jährt sich zum 60. Mal, die Wiedervereinigung Deutschlands zum 15. Mal, die CDU wird ihren 60. Geburtstag feiern. Neben den aktuellen Herausforderungen der internatio-

nalen Politik sind auch dies Gründe, über die Rolle Deutschlands in Europa und der Welt in großen Zusammenhängen nachzudenken und die Konsequenzen für unsere Außen- und Sicherheitspolitik zu erörtern. Der Bundesvorstand wird deshalb im Februar auch zu diesem Themenbereich eine Kommission einsetzen, die ihre Arbeit ebenfalls zum Bundesparteitag abschließen wird. Wir werden dann entscheiden, ob wir auch unser Grundsatzzprogramm überarbeiten und weiterentwickeln müssen.

Die CDU Deutschlands ist sich ihrer Verantwortung bewusst. Sie wird bis zu den Bundestagswahlen im Interesse der Bürgerinnen und Bürger die Bundesregierung streng kontrollieren und scharf kritisieren, wann immer dies erforderlich ist und sie wird wie in der Vergangenheit zugleich alles unterstützen, was unserem Land nutzt und den Menschen dient.